

CH_VB 20011302 vom 16. März 1983

Bundesverwaltung, 1983-03-16, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20011302__td__

FR: CH_VB 20011302 du 16 mars 1983

IT: CH_VB 20011302 del 16 marzo 1983

Erwägungen

E. 16

März 1983 457 Schutz der Mutterschaft. Volksinitiative bestellt werden. Daher meine ich, wir sollten diese 50 zusätzlichen Wagen jetzt bestellen. Ich halte mich da ganz streng an die Botschaft des Bundesrates, wo auf Seite 14 steht: «Beschaffungsprogramme sollten ein gewisses Auftragsvolumen nicht unterschreiten. Die Finanzlage des Bundes setzt einem Beschaffungsprogramm umgekehrt nach oben Grenzen.» Das ist klar. Dann schreibt der Bundesrat weiter: «Die Grössenordnung des vorliegenden Beschaffungsprogrammes liegt näher an der unteren Grenze.» Frau Uchtenhagen hat darauf hingewiesen, dass das in bezug auf die Berücksichtigung von Beschaffungsaufträgen im zivilen Bereich ein sehr unausgewogenes Programm sei. Deshalb glaube ich, dass wir auch aus diesem Grunde diesen 50 zusätzlichen Wagen zustimmen können. Das liegt auf der Linie dieser Botschaft und wird die Finanzen des Bundes nicht in einer Art strapazieren, die nicht verantwortet werden könnte. Ich bitte Sie, an unserem Kreditbeschluss von 50,6 Millionen Franken für 50 Eisenbahnwagen festzuhalten. Risi-Schwyz, Berichterstatter: Ich will diese materiellen Divergenzen nicht mehr breiter auswalzen. Ich möchte Sie nur noch darauf hinweisen, wie die Situation auf der parlamentarischen Ebene ist. Wir haben diesen Antrag auf Ankauf von 50 Wagen relativ knapp mit 85 zu 78 Stimmen angenommen, worauf der Ständerat einen Zusatzkredit mit 25 zu 8 Stimmen abgelehnt hat. Ich bezweifle, dass der Ständerat bei einer knappen Annahme im Nationalrat umkippen wird, nachdem seine Entscheidung doch eindeutig ausgefallen ist. Ich möchte nur darauf hingewiesen haben. Wir haben wegen dieses einen Punktes nicht die Absicht - und dürfen sie nicht haben -, die ganze Sache umstehen zu lassen. In diesem Sinne möchte ich einen Appell zur Verständigung an Sie richten. Man könnte auch sagen, umgekehrt sollte man sich verständigen, aber die Abstimmungsergebnisse sind doch derart einseitig, dass ich nicht an ein Umfallen des Ständerates glaube. M. Coutau, rapporteur: Je crois que les arguments sont tombés; il convient de décider. Avant de le faire, je voudrais attirer votre attention sur le fait que nous avons apporté, il y a deux jours, une modification au projet initial du Conseil fédéral. Celui-ci n'avait pas prévu cette possibilité de dépenses complémentaires; la régie des CFF n'avait pas inclus dans sa planification l'acquisition de ces wagons. Elle n'avait pas jugé possible de la présenter comme proposition, lorsque le Conseil fédéral avait demandé à tous les services qui dépendent de son autorité de lui soumettre des projets éventuellement réalisables. Nous avons donc, il y a deux jours, adopté cette modification du projet du Conseil fédéral pour la somme importante de 50,6 millions - je vous le rappelle - à la majorité relative - ment faible de 85 voix contre 78. En revanche, le Conseil des Etats a été très net dans sa décision, puisqu'il rejette cette proposition par 25 voix contre 8. Je crois qu'il ne faut pas faire de cette décision une question de prestige. Je pense qu'il faut s'en tenir, comme vous le propose la majorité de votre commission, au projet initial du Conseil fédéral. Nous devons tenir compte du fait que nous sommes à l'avant-dernier jour de la

session et que nous prenons le risque, en prolongeant là procédure d'élimination des divergences, de ne pas pouvoir nous mettre d'accord sur ce programme au cours de la présente session. C'est un risque sur lequel j'attire votre attention en vous demandant de vous rallier à la majorité de la commission. Bundesrat Purgier: Ich kann mich sehr kurz fassen, hat sich doch seit der letzten Sitzung am Standpunkt des Bundesrates nichts geändert. Wir haben aufgrund des Briefwechsels mit den SBB damals festgestellt, dass die SBB ihr Programm nicht in diesem Sinne anreicherten, dass sie aber im zweiten Schreiben vom 24. Februar an den Chef des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, der mich sofort informierte, festhielt, dass sie selbstverständlich bereit wären mitzumachen, wenn die entsprechenden Buchwertpositionen von 50,6 Millionen Franken durch den Bund übernommen würden. Ich habe über diese Situation in beiden Räten freimütig orientiert, auch in beiden Kommissionen. Aber es versteht sich von selbst, dass der Bundesrat für diese Fechtweise der als eigene Unternehmenspersönlichkeit operierenden SBB nicht einfach einzustehen hat. Sie kennen das Dilemma: Leistungsauftrag einerseits, Abgeltung und Defizite andererseits; Sie kennen die diesbezüglich eher zurückhaltende Bestellungs politik der SBB. Ich kann Ihnen nur sagen: Diese Briefe, die ich Ihnen offenzitierte, haben den Bundesrat bewegt, im Januar 1983 das nicht aufzunehmen, und nach der zweiten Erklärung vom 24. Februar hat er seinen Standpunkt nicht geändert. Sie müssen entscheiden. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit 68 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 78 Stimmen An den Ständerat - Au Conseil des Etats #ST# 82.074 Schutz der Mutterschaft. Volksinitiative Protection de la maternité. Initiative populaire 77.231 Parlamentarische Initiative. Familienpolitik (Manchen) Initiative parlementaire. Politique familiale (Manchen) Fortsetzung - Suite Siehe Seite 439 hiervor - Voir page 439 ci-devant Präsident: Nachdem Frau Vannay ihre Anträge begründet hat und auch die Fraktions sprecher Stellung genommen haben, gebe ich das Wort Frau Lang zur Begründung ihres Antrages zur parlamentarischen Initiative. Frau Lang: Die Initiative «Familienpolitik» von Frau Nanchen stammt aus der Zeit der Auseinandersetzungen um die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches. Sie wurde am 13. Dezember 1977 eingereicht, nach der Abstimmung über die Fristenregelung und vor der Abstimmung über das Gesetz mit der sozialen Indikationsmöglichkeit. Damals waren alle für die sozialen Hilfen an die Familien und für den Schutz von Mutter und Kind; sowohl die Aktionsgemeinschaften «Ja zum Leben» und «Helfen statt töten» als auch die Anhänger der Fristenregelung, um nur die grossen Gruppierungen zu nennen. Im Nachgang folgte die Volksinitiative «Schutz der Mutterschaft», die nun der parlamentarischen Initiative zum Verhängnis werden soll, denn meine in der damaligen Kommission angemeldeten Befürchtungen haben sich als realistisch erwiesen. Mit dem mit 9 zu 8 Stimmen erfolgten Kommissionsentscheid von 1979, die Weiterberatung der Initiative Nanchen bis zur Behandlung der Volksinitiative aufzuschieben, erfährt diese parlamentarische Initiative eine Behandlung, die sie nicht verdient. Die heutige Kommission lehnt sie ebenso deutlich ab wie die Volksinitiative. Dabei ist aus dem schriftlichen Bericht der Kommission nicht ersichtlich, ob die über die Mutterschutzinitiative hinausgehenden

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Stärkung der Wirtschaft. Massnahmen Renforcement de l'économie. Mesures In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1983 Année Anno Band II Volume Volume Session Frühjahrssession Session Session de printemps Sessione Sessione

primaverile Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung
13 Séance Seduta Geschäftsnummer 83.003 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum
16.03.1983 - 15:00 Date Data Seite 452-457 Page Pagina Ref. No

E. 20

011 302 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.